Deutscher Bundestag

14. Wahlperiode 28. 02. 2002

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (15. Ausschuss)

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung – Drucksache 14/7245 –

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes vom 20. Mai 1997 zur Revision des Übereinkommens vom 20. März 1958 über die Annahme einheitlicher Bedingungen für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung

A. Problem

Zur Übernahme von globalen technischen Regelungen des Übereinkommens vom 25. Juni 1998 über die Festlegung globaler technischer Regelungen für Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände und Teile, die in Radfahrzeuge(n) eingebaut und/oder verwendet werden können, in deutsches Recht soll eine Verordnungsermächtigung in das Gesetz vom 20. Mai 1997 eingestellt werden.

B. Lösung

Annahme des Gesetzentwurfs des Bundesregierung.

Einstimmigkeit im Ausschuss

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen, den Gesetzentwurf – Drucksache 14/7245 – anzunehmen.

Berlin, den 20. Februar 2002

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Eduard Oswald Manfred Heise Vorsitzender Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Manfred Heise

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Gesetzentwurf auf Drucksache 14/7245 in seiner 201. Sitzung am 15. November 2001 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur Beratung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Ziel des Gesetzentwurfs ist die Einstellung einer Verordnungsermächtigung in das Gesetz vom 20. Mai 1997, um die Übernahme von globalen technischen Regelungen des Übereinkommens vom 25. Juni 1998 über die Festlegung globaler technischer Regelungen für Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände und Teile, die in Radfahrzeuge(n) eingebaut und/oder verwendet werden können, in deutsches Recht zu ermöglichen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen hat die Vorlage in seiner 76. Sitzung am 20. Februar 2002 behandelt und hat einstimmig beschlossen, die Annahme des Gesetzentwurfs der Bundesregierung zu empfehlen.

Berlin, den 20. Februar 2002

Manfred Heise

Berichterstatter

